Antrag 204/II/2024 KDV Mitte
Maßnahmen zur statistischen Erfassung von Ablehnungen obdachloser Menschen in Notunterkünften und Todesfällen im Zusammenhang

Beschluss: Annahme mit Änderungen

Berlin steht vor einer wachsenden Herausforderung durch die steigende Zahl obdachloser Menschen. Besonders in den Wintermonaten erreichen die Notunterkünfte regelmäßig ihre Kapazitätsgrenzen. Zudem sterben weiterhin Menschen auf den Straßen der Stadt infolge von Obdachlosigkeit. Um der Situation besser begegnen zu können, sind präzise Daten unerlässlich. Daher fordern wir die SPD-Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses und den Senat auf, folgende Maßnahmen zu prüfen und und umzusetzen:

1. Alle Einrichtungen, die wohnungslose Menschen betreuen und versorgen, müssen Ablehnungen statistisch erfassen. Diese Erfassung dient der besseren Planung und dem Monitoring der verfügbaren Kapazitäten, um Engpässe adäquat zu identifizieren und zu adressieren.
2. *Es muss eine kontinuierliche und transparente Statistik geführt werden, die dokumentiert, wie viele Menschen gestorben sind, während sie obdachlos waren.*

Überweisen an

AGH-Fraktion+Senat

Stellungnahme(n)

Stellungnahme der AH-Fraktion AK 8 2026: Eine verbesserte Datengrundlage zu Ablehnungen in Notunterkünften sowie zu Todesfällen im Kontext von Obdachlosigkeit ist fachlich geboten und wird politisch unterstützt. Vor diesem Hintergrund befindet sich ein entsprechender Antrag aktuell in der Erarbeitung durch die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Stellungnahme des Senats 2026: Die statistische Erfassung von Ablehnungen in Notunterkünften ist schwer umsetzbar. Bei einer Ablehnung werden betroffene Personen häufig in andere Notunterkünfte weitervermittelt. Eine Ablehnung bedeutet daher nicht zwangsläufig, dass keine Plätze mehr verfügbar sind.

Staatsanwaltschaft und Polizei dürfen die ermittelten Todesursachen aus Datenschutzgründen zu den einzelnen Verstorbenen nicht einfach weitergeben oder veröffentlichen, da das Persönlichkeitsrecht über den Tod hinaus gilt.